



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/245 - 22.10.1952

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

## Hinweise auf den Inhalt:

Zum Wahltag des 9. November	S. 1
Die Engländer und das Rassenproblem	S. 3
Das Hamburger Schlageter-Denkmal	S. 5
Das Eingeständnis des Herrn Gerst	S. 7

---

### Kommunalwahlen und große Politik

Von Wilhelm Mellies, MdB,  
Stellv. Vorsitzender der SPD

Das Ergebnis der kürzlichen belgischen Kommunalwahlen hat allgemein überrascht, obwohl die Christlich-Sozialen ihre Niederlage bereits vorausgesehen hatten. Die gesamte Presse ist sich darüber einig, daß in erster Linie die anstehenden großen politischen Entscheidungen in Belgien dieses Wahlergebnis herbeigeführt haben. Es handelt sich dabei um die Teilnahme Belgiens an dem EVG-Vertrag und um die Verlängerung der Dienstzeit für die Soldaten.

Man soll allerdings nicht verkennen, daß auch die örtlichen Verhältnisse das Wahlergebnis mit beeinflußt haben. Aber in Belgien ist es nicht anders wie sonst in der Welt. Jede Wahl, gleichgültig auf welcher Ebene sie stattfindet, wird überschattet von den großen weltpolitischen Entscheidungen. Deshalb wird auch jede Wahl diese Entscheidungen beeinflussen.

Bei den am 9. November in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz stattfindenden Gemeindewahlen wird es nicht anders sein. Gewiß werden die örtlichen Leistungen in den verflissenen Jahren und die Planungen für die Zukunft bei den Auseinandersetzungen eine Rolle spielen. Es sollte auch größter

Wert darauf gelegt werden, daß diese Auseinandersetzungen nicht zu kurz kommen, schließlich können die Wählerinnen und Wähler auf der örtlichen Ebene am besten das Wirken der politischen Parteien sehen und beurteilen. Gerade weil auch in der Gemeinde der beste Anschauungsunterricht über das politische Wollen erteilt wird, legen ja auch alle totalitären Mächte Wert darauf, die Selbstverwaltung zu beseitigen. Das war in Deutschland im Dritten Reiche so, und das ist in der sowjetisch besetzten Zone heute nicht anders.

Aber die Tatsache besteht nun einmal, daß man nach der Wahl aus dem Wahlergebnis gewisse Rückschlüsse auf die allgemeine politische Entwicklung in Deutschland ziehen wird. Das Schicksal der großen politischen Entscheidungen ist deshalb zu einem erheblichen Teil in die Hände der Wählerinnen und Wähler vom 9. November gelegt. Gerade aus diesem Grunde hat ja auch der Bundeskanzler versucht, das Vertragswerk noch im Monat Oktober im Bundestage zur Verabschiedung zu bringen. Er fürchtet bei den immer mehr auftauchenden Überlegungen und Prüfungen, daß seine ganzen außenpolitischen Bestrebungen durch den Wahlausgang vollends gefährdet werden könnten. Seine Termin-Pläne sind durchkreuzt. Vor dem 9. November wird die Entscheidung im Bundestage nicht mehr fallen. Er muß sich also damit abfinden, daß am 9. November in einem gewissen Umfang auch über das Vertragswerk entschieden wird.

Die Kommunalwahlen in den drei Ländern können aber auch der Anstoß für eine entscheidende innerpolitische Auseinandersetzung sein. Auf die Vorstellungen der Kriegsoffer-Verbände auf Anpassung der Renten an die inzwischen eingetretene Teuerung hat der Finanzminister erklärt, daß dafür kein Geld zur Verfügung stünde. Er hat für den Fall der Aufrechterhaltung dieser Forderung mit dem Gespenst der Inflation gedroht. Der Finanzminister verschiebt auf diese Weise die Akzente der Auseinandersetzung. Es besteht keine inflationistische Gefahr. Wenn er aber den Wehrbeitrag ohne neue Steuern aufbringen will, müssen die sozialen Leistungen dabei zu kurz kommen. Der Wehrbeitrag kann ohne neue Steuer nur finanziert werden, wenn man auf die notwendigen Sozial-Aufwendungen verzichtet und damit praktisch gezwungen ist, den Wehrbeitrag durch Verweigerung der Anpassung der Renten an die Teuerung auf Kosten aller Rentenempfänger zu finanzieren. Auch eine Antwort darauf haben die Wählerinnen und Wähler am 9. November zu erteilen.

Vom Standpunkt der reinen Kommunalpolitik aus gesehen ist es zu beklagen, wenn bei den Wahlen die großen politischen Gesichtspunkte so stark im Vordergrund stehen. Aber niemand kann sich der Tatsache entziehen und jeder muß damit rechnen, daß aus dem Wahlergebnis innenpolitisch und außenpolitisch entsprechende Folgerungen gezogen werden. Die Wählerinnen und Wähler müssen deshalb auf diese Tatsache entschieden hingewiesen werden.

Südafrikanische Rassenpolitik vor der UN

B.C. - London

Die Annahme des Antrages der arabischen und asiatischen Mitgliedstaaten, die Rassenpolitik der Südafrikanischen Union in der Vollversammlung der Vereinten Nationen zu debattieren, hat in der öffentlichen Meinung Großbritanniens eine günstige Aufnahme gefunden. Daran ändert die Tatsache nichts, daß der britische Vertreter, Sir Gladwyn Jebb, von Downing Street instruiert worden war, gegen den Antrag zu stimmen.

Britischer Zwiespalt

Im Gegenteil, in weitesten Kreisen Londons empfindet man ein Gefühl der Scham darüber, daß Gründe der "Staatsraison" (das vermeintliche Interesse des Commonwealth) die britische Regierung zur Erteilung dieser unpopulären, den Prinzipien britischer Demokratie zuwiderlaufenden Instruktionen veranlaßten. Man war umso peinlicher berührt, als unter den 46 Staaten, die (gegen 6, bei 8 Stimmenthaltungen) für die Debatte waren, sich auch die USA befanden, auf deren Neger-Behandlung in den Südstaaten man in England gewöhnlich mit dem Gefühl herabsieht, "wir Briten sind doch bessere Menschen".

Typisch für die Zwiespältigkeit der britischen Haltung in dieser Sache waren die Worte von Sir Gladwyn Jebb selbst: Nachdem er pflichtgemäß sein Votum gegen den Antrag abgegeben hatte, erklärte er, daß diese Pflichterfüllung als Vertreter seiner Regierung nichts an seiner eigenen Hingabe ("devotion") an die Sache der allmählichen Abschaffung aller bestehenden Formen der rassischen Diskriminierung ändere. Eine derartige öffentliche Distanzierung eines Regierungsvertreters von der amtlichen Politik seiner eigenen Regierung dürfte in der diplomatischen Geschichte ohne Vorgang sein, entspricht aber im vorliegenden Falle vollkommen dem beschämten Gefühl der öffentlichen Meinung, das die Unterdrückung der farbigen Mehrheit durch die weiße Minderheit Südafrikas - die sogenannte Politik der "apartheid" - als eine

Kulturschande empfindet, die lediglich von der Rassenpolitik des Dritten Reiches übertroffen wurde. Es wird als zusätzlich unangenehm empfunden, daß Großbritannien, das - heute - selbst in seinem eigenen Kolonialreich eine weiße Weste in dieser Beziehung hat, sich zum "Verrat an den eigenen Grundsätzen" in diesem Falle wie auch im Falle des abgesetzten Bamangwato-Häuptlings Sereze Chama durch den Druck der Regierung Malans verleiten ließ, also einer Regierung, die es offen als ihr Endziel betrachtet, die Südafrikanische Union aus dem Commonwealth herauszulösen und zur gänzlich unabhängigen Republik zu erklären.

#### "Farbige" Dominien vor den Kopf gestoßen

Daß man mit dieser Politik der "Staatsraison" aber auch andererseits die Commonwealth-Mitglieder Indien, Pakistan und Ceylon vor den Kopf stößt, verstärkt noch die Überzeugung jener Kreise (politisch ausgedrückt: Der Mehrheit Labours und einer starken Minderheit der Tories sowie der gesamten Liberalen), die glauben, man sollte lieber Südafrika zum Teufel gehen lassen, wenn es absolut aus dem Commonwealth herauswolle, als die demokratischen und christlichen Grundlagen der britischen Weltanschauung zu verraten und es gleichzeitig mit den "farbigen" Dominien zu verderben.

Die amtliche Begründung des britischen Votums, UNO dürfe sich nicht in die "inneren Angelegenheiten" der Mitglieder einmischen, täuscht niemanden über die wahren Hintergründe hinweg, insbesondere, da die Initiative zu dem Antrag von Indien ausging, dessen Staatsangehörige in Südafrika mit zu den hauptsächlich von Malans Rassenpolitik Betroffenen gehören. Die Angelegenheit wird auch im britischen House of Commons noch diesen Herbst debattiert werden.

+ + +

Reklame mit Schlageter

S.- S. Hamburg

In Hamburg schwirren seit einiger Zeit Gerüchte umher, nach denen im Vorort Rahlstedt ein Schlageter-Denkmal von unbekannter Hand zertrümmert worden sei. Der Landesverband Hamburg des BHE griff diese Berichte kürzlich auf und nahm sie zum Anlass für einen Offenen Brief an den Hamburger Senat in der "Ostdeutschen Zeitung", in dem er durchblicken lässt, dass die "Zerstörung" von Amts wegen durch städtische Arbeiter erfolgt sei. Das Denkmal sei, so heisst es in dem Brief, nachdem es bereits 1945 einmal zerstört worden war, am 26. Mai dieses Jahres, dem Todestag des 1923 von den Franzosen wegen Sabotage verurteilten und erschossenen Albert Leo Schlageter, von einer Gruppe der Freien Jugendbewegung im Rahlstedter Gehölz neu errichtet worden.

Aus dem Rathaus hörte man zu diesem Offenen Brief: Das Schlageter-Denkmal habe seit 1945 nicht mehr existiert. Die Trümmer seien vor einiger Zeit von Unbefugten in würdeloser Form wieder zusammengesetzt worden. Das Denkmal habe weder einen offiziellen Charakter noch einen künstlerischen Wert gehabt, so dass die Reste des früheren Ehrenmals zur Wahrung des Stadtbildes von der zuständigen Behörde endgültig abgeräumt worden seien. Im übrigen gehe es nicht an, Schlageter als einen Nationalhelden zu feiern, zumal dieser 1922 bereits der NSDAP beigetreten war.

Auch die DP fühlt sich nun bemüssigt, in die Kerbe des BHE-Landesverbandes zu hauen: Einer ihrer Abgeordneten hat dem Senat eine Anfrage unterbreitet, ob der Abbau dieses Denkmals wirklich vom Amts wegen vorgenommen worden sei. Die Anfrage soll in der Bürgerschaftssitzung am 22. Oktober beantwortet werden. Dabei wird die Antwort, so hoffen wir, nicht milde ausfallen, wie das bei dem Brief des BHE geschah, der sich für die öffentliche Ehrung eines Mannes einsetzt, den eine explodierenden Dynamitpatrone und einige verblendete Hitzköpfe einmal zum Nationalhelden gestempelt haben. Schlageter hatte gemordet; dafür haben ihn die Franzosen erschossen! Vielleicht glaubte er sogar, seinem Volke einen Dienst zu erweisen. Soll man

ihm deshalb ein Denkmal setzen?

Es ist doch mit Händen zu greifen: Dieses ganze Interesse von BHE und DP an dem vor 30 Jahren verschiedenen Schlageter ist doch nichts anderes als ein plumper Wahlfischzug bei ehemaligen Nazis. Vermutlich würde sich selbst Schlageter für diese Art bedanken, mit seinem Namen parteipolitische Reklame zu machen.

+ + +

### Stalin und der Stalinismus

Leitartikler und Kommentatoren sind arme Hunde. Annähernd fünf Prozent der Leser ihrer Zeitungen, so sagt die Statistik, lesen - den Anfang ihrer Betrachtungen. Niemand, auch Gallup nicht, weiss, wieviel sie zu Ende lesen. Und wie lange bzw. wie kurz das Geschriebene wirkt, wenn es gelesen wird, weiss vermutlich auch der liebe Gott nicht.

Das, was für die Frauen die beneidete glücklichere Freundin ist, ist für den, der schreibt, der politische Karikaturist und es ist, vom besagten Neidhammel-Standpunkt aus, ein Glück, dass die Zahl der grossen Rivalen vom Zeichenstift gering ist. Vor Jahren erschien Lows, des berühmten englischen Zeichners, Kleine Weltgeschichte. Sie ist für jeden, der politisch mit der Schreibmaschine umzugehen hat, Gegenstand gelben Neides. Wieviel Tausende von ersparten Worten!

Solche Gedanken löst ein kleines Meisterstück der politischen Karikatur aus, veröffentlicht in der "New York Times" mit der Unterschrift "Stalin und der Stalinismus". Natürlich ist es immer vergebliche Liebesmüh, eine Karikatur zu übersetzen. Wie anders aber soll man sich helfen? Also: Stalin, freundlich-verschmitzt lächelnd, verliest vom Rednerpult aus ein Manuskript. Neben ihm, zum Parkett gewandt, bis in die letzte Einzelheit genau so freundlich-verschmitzt lächelnde Stalins, im Parkett selbst, den Blick auf den grossen Joseph gerichtet, Stalin-Gesichter, freundlich-verschmitzt lächelnd, bis sie in kleinen zeichnerischen Andeutungen im fernen Hintergrund verschwinden. Eine in ihrer Primitivität grossartige Darstellung sowjetischer Monotonie.

Man kann natürlich zur Erforschung der letzten Geheimnisse der sowjetischen Funktionärsseele den anderen Weg gehen und Stalins "Bolschewiki" - Artikel in deutsch in der "Täglichen Rundschau" lesen, sechzehn Seiten gutes altes VB-Format. Man halte beides nebeneinander, die kleine bescheidene Zeichnung und diesen Monstre-Erguss. Für den gewöhnlichen Sterblichen genügt das vollkommen, er kann sich die ganze Lektüre ersparen. Ein Hoch dem guten politischen Karikaturisten, dem klassischen Vereinfacher, der damit aber ins Schwarze trifft.

-u

+ + +

- 7 -

Ist Herr Gerst weiterhin tragbar ?

Die "Westdeutsche Neue Presse" berichtete am 22. Oktober aus Berlin:

"Der Chefkorrespondent des sowjetisch lizenzierten Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes (ADN) für das gesamte Bundesgebiet, Wilhelm-Karl Gerst, hat gestern überraschend seine gegen den Chefredakteur der Westberliner Zeitung "Der Tag", Wilhelm Gries, angestregte Klage einen Tag vor dem Schlusstermin und dem damit zu erwartenden Urteilspruch zurückgezogen. Gerst hatte seine Klage eingereicht, weil "Der Tag" unter der Überschrift "ADN-Gerst auch Sowjetspion?" einen Bericht der amerikanischen "Neuen Zeitung" zitiert hatte, in dem behauptet wurde, daß Gerst in seiner Eigenschaft als Bonner Journalist Spionagedienste für die Sowjets leiste.

Gries hatte in zwei Terminen einen Vergleich abgelehnt und erklärt, er werde den Wahrheitsbeweis erbringen. Am zweiten Verhandlungstage hatten ehemalige ADN-Redakteure und der ehemalige Direktor des Publizistischen Instituts der Universität Leipzig und Mitarbeiter des SEP-Zentralkomitees, Professor Schulz, schwer belastende Aussagen gegen Gerst gemacht. U.a. wurde ausgesagt, daß Gerst regelmäßig Berichte über militärische Angelegenheiten im Bundesgebiet an den Direktor der ADN, Hansen, schickte und ihm zum Teil bei Besuchen in Ostberlin persönlich übergab.

In Westberliner politischen Kreisen ist man der Meinung, daß Gerst seine Klage, die von dem SEP-Rechtsanwalt Dr. Kaul vertreten wurde, unter dem Eindruck des für ihn stark belastenden Materials zurückgezogen und damit die Vorwürfe indirekt zugegeben hat."

x

Es wird interessant sein zu erfahren, ob diese Auffassung auch in Bonn besteht. Insbesondere die Bonner Journalisten werden sich wohl überlegen müssen, ob Herr Gerst nach diesem Eingeständnis für ihren Kreis weiterhin tragbar ist. Nach unserer Auffassung ist er es nicht.

Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen schon seit der Auseinandersetzung zwischen Kaiser-Ministerium und Gerst über den gleichen Fragenkomplex, der jetzt in Berlin anstand. Die Form einer klaren Distanzierung von Gerst, die nicht mit der Tatsache zusammenhängt, daß er Kommunist ist, wohl aber mit der anderen, daß er sich vom Spionageverdacht nicht freimachen kann, ist dabei eine Frage von nachgeordneter Bedeutung. Gerst ist bis heute Mitglied der Bundespressekonferenz, die die in Bonn akkreditierten Journalisten umfaßt.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau